

PETITION

AN DIE EIDGENÖSSISCHEN RÄTE, PARLAMENTSGEBÄUDE, 3003 BERN

GEGEN DAS NEUE AUSLÄNDERGESETZ, FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG ALLER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN, DIE IN DER SCHWEIZ LEBEN UND ARBEITEN

Der Entwurf zum neuen Ausländergesetz (AuG) ist diskriminierend, da er ein Ausnahmerecht schafft, das für bestimmte Personen je nach ihrer Nationalität Anwendung findet. Der Entwurf sieht vor, dass von ausserhalb des EU-Raumes nur besonders hoch qualifizierte Personen Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt haben sollen. Gleichzeitig hält der AuG-Entwurf weiterhin an einer restriktiv polizeilichen und wirtschaftsorientierten Sichtweise fest.

Inakzeptabel sind die neuen Formen von Kurzaufenthaltsbewilligungen, welche weder das Recht auf Wechsel des Arbeitgebers, noch das Recht auf Familiennachzug anerkennen. Entgegen dem bisherigen Saisonierstatut können diese Kurzaufenthaltsbewilligungen nicht mal mehr in eine Jahresbewilligung umgewandelt werden. Dieser neue Status würde der Schaffung neuer «Sans-Papiers» Vorschub leisten.

Die unnötige Diskriminierung der Nicht-EU-Bürger/-innen wird beim Familiennachzug für Niedergelassene am deutlichsten sichtbar: Sie müssen ihren Familienanspruch für die gesamte Familie innerhalb von fünf Jahren geltend machen und nur Kinder bis 14 Jahren haben Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung. EU-Bürger/-innen können dagegen ihre Kinder bis zu einem Alter von 21 Jahren problemlos in die Schweiz holen.

Der Entwurf sieht Verschlechterungen der Situation von Ausländerinnen vor, die von ihrem Ehemann mit Gewalt bedroht werden. Sie können sich nicht vom Mann trennen und müssen im gleichen Haushalt wohnen bleiben, da sie sonst ihre Aufenthaltsbewilligung riskieren.

Massiv verschärft wurden im Entwurf ganz allgemein die repressiven Massnahmen.

PETITION

AN DIE EIDGENÖSSISCHEN RÄTE, PARLAMENTSGEBÄUDE, 3003 BERN

GEGEN DAS NEUE AUSLÄNDERGESETZ, FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG ALLER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN, DIE IN DER SCHWEIZ LEBEN UND ARBEITEN

Wir Arbeitnehmer/-innen, mit oder ohne Schweizer Pass, verlangen:

- Keine Diskriminierung bei der Zulassung aus Gründen der Qualifikation.
- Den Verzicht auf die Einführung neuer Formen von Saison- und Kurzaufenthaltsbewilligungen.
- Gleiche Rechte aller in der Schweiz lebenden MigrantInnen.
- Recht auf uneingeschränkten Familiennachzug.
- Zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsstatus.
- Regularisierung der «Sans-Papiers», die seit mindestens einem Jahr in der Schweiz leben.

Wir sprechen uns gegen jegliche «Ausländerpolitik» aus, die auf diskriminierenden Bestimmungen basiert.

<u>Name/Vorname</u>	<u>Adresse</u>	<u>Unterschrift</u>
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

**Petition lanciert durch
Gewerkschaft Bau & Industrie
und Gewerkschaft SMUV**



Unterstützt durch: Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Comedia; Coordination du mouvement suisse des sans-papiers; Democratici di Sinistra DS Svizzera; Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz DJS; DIDF-Schweiz Föderation der Demokratischen Arbeitervereine; Federazione Colonie Libere Italiane FCLI; Forum für die Integration der Migrant/-innen FIM Schweiz; Frauen für den Frieden Schweiz; Fraueninformationszentrum für Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa FIZ; Gewerkschaftliche Bewegung für Arbeit und Gerechtigkeit GEWAG; Grüne Schweiz; Associazione INCA-CGIL Svizzera; ITAL-UIL; Jungsozialisten/-innen Schweiz JUSO; Migrant/-innenorganisationen aus dem ehemaligen Jugoslawien; Partei der Arbeit Schweiz; Portugiesische Organisationen; Schweizerischer Friedensrat SFR; Schweizerische Koordination der Sans-Papiers; Solidarité sans frontières Sosf; SP Migration; SP Schweiz; Spanische Organisationen; Syndicat interprofessionnel de travailleurs et travailleuses SIT; Team Frauenhaus Winterthur; und andere Organisationen

Einsenden bis spätestens 20. November 2002 an:

GBI-Zentralsekretariat, Bereich Migration und Integration, Postfach, 8021 Zürich
oder SMUV-Zentralsekretariat, Bereich Migration, Postfach, 3000 Bern 15

Weitere leere Petitions-Unterschriftsbogen sind zu beziehen bei:

GBI, Tel. 01 295 16 90, www.gbi-sib-sei.ch
oder SMUV, Tel. 01 302 66 66, www.smuv.ch

